



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 35

spd/III/136

8. November 1948

Bewaffnetes Ostdeutschland - und die Folgen.

Von Friedrich Stampfer

Die Ausrüstung einer deutschen Ostzonenpolizei in Stärke von mehreren hunderttausend Mann mit Panzerwagen und schweren Mg's zeigt, daß der Traum von der deutschen Entwaffnung ausge-träumt ist. Ein Rundfunksprecher der amerikanischen Militärre-gierung in Berlin hat kürzlich in ironischem Ton die Frage auf-geworfen, ob man sich die Sache so vorstelle, daß der schwerbewaff-neten Ostpolizei im Westen nichts anderes gegenüberstehen würde als einige mit Knüttel und Revolver bewaffnete Mannschaften. Diese Frage liegt allerdings nahe, mit ihr aber auch die andere, welcher Zustand sich ergeben würde, wenn man die Maßnahmen des Ostens mit ähnlichen im Westen beantworten wollte.

Die drei westlichen Zonen haben zusammen eine dreimal so starke Bevölkerung wie die Ostzone. Schätzt man die östliche Truppe vorsichtig auf nur 250 000 Mann, so ergibt sich für eine verhältnismäßig gleich starke westliche Truppe eine Stärke von 750 000. Das wäre mit der östlichen Truppe zusammen eine Million bewaffneter deutscher Männer auf deutschem Boden. Nimmt man gar die Zahl 400 000 für den Osten als richtig an, so ergibt sich nach der gleichen Rechnung eine Gesamtzahl von einer Million und sechshunderttausend. Dabei kommt zunächst nicht in Betracht, ob diese Kontingente im Ernstfall miteinander oder gegeneinander mar-schieren würden.

Der Frieden von Versailles beschränkte die Stärke der deut-schen Armee auf 100 000 Mann. Polizisten gab es in der Republik von Weimar nicht viel mehr als Soldaten. Im ganzen wird es kaum jemals in der republikanischen Zeit mehr als 250 000 Waffen tra-gende Männer auf deutschem Boden gegeben haben. Nun ist, wenn man den angloamerikanischen Berichten glauben darf, die Zahl der Bewaffneten in der Ostzone allein ebenso hoch, wenn nicht höher, als vor 1933 im ganzen Reich. Und das drei Jahre nach der Konfe-renz von Potsdam, in der man einander gelobt hatte, man werde Deutschland vollständig entwaffnen und entmilitarisieren. Ange-sichts dieses Tatbestandes drängt sich die Frage auf, ob man nicht besser getan hätte, die Frage der Entwaffnung den Deutschen selber zu überlassen. Bekanntlich forderte die Sozialdemokrati-sche Partei in ihrem Mehrprogramm von 1929 sogar eine Herabminder-ung der Reichswahrstärke unter die erlaubten 100 000 Mann. Auch

der CDU kann man im allgemeinen wohl eine übertriebene Militärfreudigkeit nicht nachsagen. Daß die Soldaten der Hitlerarmee nach der Kapitulation die Waffe abzugeben und nach Hause zu gehen hätten, war selbstverständlich. An die Wiederaufstellung und Bewaffnung einer neuen Armee hätte unter den obwaltenden Umständen kein vernünftig denkender Deutscher gedacht, auch wenn sich die Alliierten um diese Angelegenheit gar nicht gekümmert hätten.

Die Aufstellung einer überdimensionalen Polizeitruppe in der Ostzone entspringt nicht dem Willen der Bevölkerung. Sie ist ihr von einer kleinen Minderheit, hinter der die Besatzungsmacht steht, aufgezwungen. Freiwillige sind kaum zu finden, sicher nicht in der gewünschten Zahl. Aber hinter der Dienstverweigerung droht die gefürchtete Deportation in die sächsischen Uranbergwerke. Man steht also vor der Tatsache, daß ein Teil Deutschlands, entgegen der Absicht, ganz Deutschland zwangsweise zu entwaffnen, zwangsweise bewaffnet wird. Gegen die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedens türmen sich immer neue Schwierigkeiten auf. So wie sie geworden sind, können die Teile nicht bleiben: sie müssen entweder alle demokratisch oder alle "volksdemokratisch", d.h. kommunistisch werden, wenn sie ein einheitliches Ganzes bilden sollen. Weder in dem einen Fall, noch in dem anderen werden schwere Erschütterungen zu vermeiden sein.

Kommt es aber eines Tages doch zur Bildung einer Regierung für ganz Deutschland, wie denkt man sich dann den Abschluß eines Friedens mit ihr? Weder über die territorialen Fragen, noch über die Reparationen, noch auch, wie man sieht, über die Entwaffnung Deutschlands, gibt es zwischen den Westalliierten auf der einen Seite und Rußland auf der anderen Übereinstimmung. Vom deutschen Standpunkt aus wäre gegen eine totale Entwaffnung nichts einzuwenden gewesen, vorausgesetzt, daß man Deutschland unverletzliche Neutralität in Frieden und Krieg zugesichert hätte. Aber niemand ist geneigt, eine solche Zusicherung zu geben, und wenige würden, wenn sie gegeben werden sollte, geneigt sein, sie für zuverlässig zu halten. Ist aber dieser Weg verschlossen, welcher bleibt dann noch offen?

Nachdem Rußland seine Entscheidung getroffen hat und diese offenbar gegen die Entwaffnung gefallen ist, wird man nicht umhin können, das ganze Problem noch einmal gründlich zu überdenken, sowohl in den Weststaaten wie in Deutschland selbst. Die fertige Lösung hat wohl niemand in der Tasche, aber zwei Dinge scheinen vor allem notwendig zu sein: Erstens einmal die Feststellung der wirklichen Tatsachen hinsichtlich des Standes der Entwaffnung in ganz Deutschland durch eine unparteiische Kommission. Zweitens aber die Beseitigung des unerträglich Zustandes, der Deutschland bei der Behandlung seiner Lebensfragen zum bloßen Objekt fremder Streitigkeiten macht, das heißt also Schaffung einer deutschen Körperschaft, die das Recht hat, Deutschland nach außen zu vertreten. Erst wenn diese beiden Schritte getan sind, kann man hoffen, einen Weg zu finden, der aus dem Irrgarten hinausführt.

Entmachtete Gesetzgeber.

Dr. Arnold Hille, München, M.d.L.

Es gehört zum guten Ton aller staatsrechtlicher Auseinandersetzungen, das Versagen der Weimarer Demokratie als eine politische Gegebenheit aus dem ebenfalls behaupteten Versagen des Parlamentarismus hinzustellen. Die Nachbeter dieser die Demokratie diskreditierenden Geschichtsfälschung sind Legion. Eigentümlicherweise bedient man sich fast in allen Parteien, mehr oder weniger unwidersprochen, dieser Geschichtsfälschung, um damit das Werden einer neuen Demokratie, von der man nur schemenhaft Vorstellungen hat, zu begründen. Lange Zeit wurde die Weimarer Verfassung als Vorbild einer demokratischen Verfassung von allen aufrechten Demokraten gepriesen. Theoretisch war sie es auch. Aber wenn sie nicht funktionierte, lag das gewiß zuletzt an ihren Einrichtungen, viel eher an den Menschen, die sich ihrer zu bedienen hatten. Auch rangierten hier die Parteien durchaus nicht an erster Stelle.

Ein grundsätzlicher Fehler bei der Prüfung nach den Ursachen für das angebliche Versagen der Weimarer Verfassung liegt in der Verwechslung von Verfassung und ausführender Gewalt. Der Weimarer Staat übernahm ein fachlich bewährtes, aber durch Tradition und gesellschaftliche Bindung der Demokratie völlig abgeneigtes Berufsbeamtentum. Von der Spitze bis zur untersten Verwaltungsinstanz waren überwiegend die hierarchischen Vertreter einer in sich abgeschlossenen Kaste Willensorgane einer ihr ideell entgegengesetzten Gesetzgebungsgewalt. Diese, weitgehend von revolutionären und fortschrittlichen Kräften geführt, setzte wesentliche Rechtskomplexe und damit Teile der alten Sozialordnung außer Kraft und schuf eine Reihe grundlegender Gesetzeswerke, die in ihrer Konsequenz einen tiefen Einbruch in die alte Vorstellungswelt des vergangenen Systems bedeuteten und bei konsequenter Anwendung und Auslegung tatsächlich geeignet waren, die Grundlagen einer neuen demokratischen und sozialen Ordnung zu schaffen. Nicht nur die Beamten, auch die gesellschaftlichen Institutionen verbauten weitgehend den Weg zur Demokratie und die Rechtsprechung sanktionierte die politische Reaktion durch eine Reihe skandalöser und die Demokratie verspottender Entscheidungen, an denen sogar die höchsten Gerichte Anteil hatten.

Nach 1945 hat sich diese Situation noch um Vieles verschlechtert. Die entlassenen und zum Teil wieder eingestellten Beamten und Richter leiden überwiegend an dem Doppelgbrechen rückschrittlicher und nationalsozialistischer Geistesverwirrung. Der größte Teil von ihnen sieht in der Demokratie eine wesenslose Funktion, d.h. in den Gesetzgebern Dillettanten, in den Staatsbürgern Objekte. Die leitenden Ministerialbeamten betrachten sich als die geistigen Väter der Gesetzgebung, die Korrekturen ihrer Vorlage als einen Einbruch in ihr Sachverständigenreservat und die Minister als oben noch geduldete, aber auf ihr Fachwissen angewiesene Vorgesetzte, deren

Weisungen nur ungerne und mit geteiltem Beifall nachkommt. Die mittleren und unteren Behörden gar vollziehen die Gesetze im Geiste ihrer Ideenwelt sozusagen als zivile Feldwebel, die der Bevölkerung vorgesetzt sind. Die Milde der Strafrichter, besonders gegen Verstöße der neuere Gesetzgebung, ist offenbar weitgehend von dem Bestreben diktiert, die Staatsautorität zu erschüttern, oder sich rührt aus der Unfähigkeit her, den Widerspruch zwischen Gestern und Heute im Sinne einer demokratischen Rechtsfindung zu klären. Das erschreckende Absinken der Staatsautorität ist in erster Linie aus dem Zusammenklingen von vergränten und widerwillig ausführenden Staatsorganen, weltfremden und in vergangenen Idealen lebenden Richtern und einer breiten, das Wesen der Demokratie verkennenden Bevölkerungsschicht erklärbar. Was uns not tut, ist also: Verjüngung des Verwaltungsapparates, Heranbildung fortbildungsfähiger und fortschrittlicher Beamter, insbesondere Schaffung einer Elite wehrhaft demokratisch denkenden und handelnden Richtertums. Dies kann allein dadurch geschehen, dass Regierung und Parlamente bestrebt sind, den Inhalt der Gesetze und ihre Motive in populärer Form bekanntzugeben und Verständnis für die Notwendigkeiten des Staates zu wecken. Ein solches Verständnis wird bei aller Aufklärung aber nur dann zu erwarten sein, wenn die Staatsbürger den Eindruck haben, dass die Gesetze aus dem Geiste eines undogmatischen Fortschritts und den Notwendigkeiten unserer staatlichen und wirtschaftlichen Situation diktiert sind.

SPD zum Generalstreik

sp. Der Beschluss der Gewerkschaften, für den 12. November einen 24-stündigen Generalstreik auszurufen, ist nach Auffassung des Büros des Parteivorstandes der SPD in Hannover die verständliche Reaktion der organisierten Arbeiterschaft auf die Erhard'sche Wirtschafts- und Preispolitik. Diese Politik hält sich entgegen allen gegebenen Zusicherungen unverändert auf dem bisherigen Kurs vollständiger Verständnislosigkeit für die allernähersten Bedürfnisse der breiten Massen der Bevölkerung.

Die Gewerkschaften haben die Proklamierung dieser nachdrücklichen Willensbekundung mit einer Reihe von konkreten Forderungen verbunden, die sich mit den Forderungen der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat im Namen der speziell benachteiligten Bevölkerungsschichten immer wieder erheben hat. Dass es sich bei dieser Ankündigung des Generalstreiks um eine Demonstration zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen handelt, geht schon aus der kurzen Befristung dieser Maßnahme hervor.

In dieser Situation hat die CDU es für richtig gehalten, zu intervenieren und damit ihre Missachtung gegenüber der auch ihr bekannten wirklichen Stimmung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen.

Auslieferungspraxis 1948

Uns liegen für die nachfolgende Betrachtung einwandfreie Unterlagen mit genauen Namen- und Zeitangaben vor. Wenn wir davon öffentliche keinen Gebrauch machen, dann deshalb, weil wir glauben, die östlichen Justizmethoden besser zu kennen, von denen nachstehend die Rede ist. (Die Red.)

sp. Man sollte glauben, daß die britische Regierung 3 1/2 Jahre nach Kriegsende, und in Anbetracht der politischen Situation, davon Abstand nehmen würde, deutsche Staatsbürger auch dann an osteuropäische Staaten auszuliefern, wenn ein Verbrechen nicht einwandfrei nachgewiesen werden kann. Dem ist nicht so. Es sei nachstehend als Beispiel das Schicksal von zwei deutschen Kriminalpolizeibeamten geschildert, die nach Kriegsausbruch in den an das damalige deutsche Reichsgebiet wieder angegliederten Teil Oberschlesiens versetzt wurden. Sie kamen in ein Gebiet, in dem Himmlers Gestapo all die Schrecklichkeiten, die seit 1933 in Deutschland an Deutschen verübt wurden, an den neuen Untertanen praktizierte. Die Veränderung für diese Beamten war also hauptsächlich geographischer Natur.

Aufgabe der Kriminalpolizei war es, die überall in der Welt, strafrechtliche Handlungen zu verfolgen. Niemand hat vor dem britischen Tribunal nachweisen können, daß die angeklagten Polizeibeamten je etwas anderes getan hätten. Ein Berufsverbrecher hatte sie angezeigt, um damit eine alte Rechnung zu begleichen. Auf dem Umwege über einige deutsche Instanzen - das ist wieder ein Kapitel für sich - waren Internierung und Einschaltung eines polnischen Anklägers bald erreicht.

Für die Betroffenen unseres Beispiels fand nach einjähriger Haft eine Verhandlung vor einem britischen Tribunal statt. Die Anklage lautete auf Mißhandlung und Ermordung von Polen und Juden, sowie Beteiligung an Deportationen. Die Mordanklage mußte sogleich fallen gelassen werden, für Mißhandlungen und Deportationen konnten von den drei Zeugen der Anklagevertretung keine Beweise erbracht werden. Die Entlastungszeugen wurden vom Tribunal mit großem Mißtrauen betrachtet und zwei deutsche Beamte wurden vom Vorsitzenden gefragt, wieso sie überhaupt als Zeugen anwesend sein könnten, denn "vermutlich" hätten sie doch dieselben Kriegsverbrechen begangen. Das Gericht schloß die Verhandlung ab, ohne die Auslieferung verkündet zu haben, jedoch erhielt die Verteidigung vier Wochen später den Bescheid, das so beschlossen sei. Trotz der Intervention verschiedener deutscher Stellen hat die Auslieferung inzwischen stattgefunden.

Das britische Tribunal glaubt damit kein Urteil gesprochen zu haben, denn dies zu tun, sei Aufgabe eines polnischen Gerichtes. Wir sind aber der Auffassung, daß mit der Auslieferung durch die britischen Behörden bereits ein Urteil gefällt und vollstreckt wurde und wir können uns auch nicht vorstellen, daß es heute noch Menschen gibt, die über das traurige Kapitel der sogenannten Volksgerechtigkeit jenseits des eisernen Vorhangs nicht unterrichtet wären.

8.11.1948

Wenn in diesem Zusammenhang von britischer Seite darauf hingewiesen wird, es seien auch bereits in Einzelfällen ausgelieferte Personen wieder zurückgegeben worden, so ist das kein vernünftiges Gegenargument, denn jedermann kennt die östliche Praxis, durch solche Maßnahmen eben den Eindruck der Objektivität und ordentlichen Rechtsfindung hervorzurufen, um hinter dieser Kulisse ungestörter das Recht mit Füßen treten zu können.

Wieviel Menschen auf diese Art bereits ausgeliefert wurden, wissen wir nicht. Wir möchten aber gerne wissen, ob die britische Regierung die Auslieferungspraxis nicht, den politischen Gegebenheiten Rechnung tragend, zu ändern gedenkt.

Pharisäer

"Wir sehen zwar im Augenblick, wie sich zwischen den beiden marxistischen Bruderparteien, der SPD und der KPD, ein erbitterter Kampf abspielt. Aber lassen wir uns durch diese Gegnerschaft nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die geistige Wurzel der beiden sozialistischen Bruderparteien durchaus die gleiche ist und dass der Kommunismus lediglich die Gedanken konsequenter zu Ende denkt, und mit einer unerhörten Brutalität in der Praxis durchführt, die letzten Endes auch das geistige Fundament der Sozialdemokratie bilden.

Sehen wir uns doch die Praxis der SPD in der Staats- und Wirtschaftspolitik an: dort, wo sie die Macht hat, und nicht etwa auf eine starke CDU Rücksicht zu nehmen braucht, versucht sie eine Zentralisierung und Zusammenballung aller politischen und wirtschaftlichen Macht an der Staatsspitze durchzuführen.... Die Aufrechterhaltung der staatlichen Zwangs- und Kommandowirtschaft ist typisch für die Generallinie der SPD."

Diese Erklärung des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeppen, auf dem letzten Landesparteitag der CDU in Saar, die uns erst jetzt erreicht, fixiert ein Argument besonders klar, das im Lager der bürgerlichen Parteien immer wieder gegen die SPD ins Feld geführt wird - jetzt in der Zeit der Wahlen mehr denn je.

Wir wollen dazu sagen, was wir zu sagen für notwendig halten. Die Sache mit der gemeinsamen geistigen Wurzel hat ihre Richtigkeit, alles andere führt bewusst irre. Jene Wurzel liegt im revolutionären Willen des werktätigen Volkes, sich gegen die kapitalistische Ausbeutung zu schützen. Sozialdemokraten und Kommunisten trennten sich aber endgültig, als die KP den Kampf gegen den privaten Kapitalismus mit der Unterwerfung unter einen fremden Staatskapitalismus beendete. Sie trennten sich auch im Begriff der Demokratie, die für die Kommunisten zu einem betrügerischen Trick wurde und für die SPD was von ihrem Inhalt ihrer Politik blieb.

Geblichen ist bei der Sozialdemokratie auch ihr entschlossener Wille, dafür zu wirken, dass der arbeitende Mensch (und vor allem der mit seiner Hände Arbeit sich das karge Brot Verdienende) zu seinem Recht kommt, das kein Almosen werden darf, sondern in einem gesicherten Anspruch zu bestehen hat. Es hat sich aber, zumal in Notzeiten, erwiesen, dass die meist zur Willkür gesteigerte unterhinderte Entfaltungsmöglichkeit des wirtschaftlich Stärkeren immer auf Kosten des wirtschaftlich Schwächeren vor sich geht. Das heißt wie irgendetwas zu verhindern, hat sich die Sozialdemokratie zur Aufgabe gemacht - eine noblere Aufgabe, scheint uns, als die, das Recht des ohnehin Stärkeren zu verteidigen.

Diesem einfachen Tatbestand kann keine ministerielle Sophistik aus der Welt schaffen. Der Vorwurf des überspitzten Zentralismus ist durch das offizielle Bekenntnis der SPD zum Bundesstift und durch die Praxis der Bonner Verhandlungen entkräftet. Die andere Behauptung, die SPD wolle die staatliche Kommandowirtschaft, ist nur die Aufnahme eines abgegriffenen Schlagwortes.

Auch etwas anderes lässt sich nicht leugnen: dass gerade die Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie sie die ODU-Führung in Frankfurt treibt und wie sie jetzt die Gewerkschaften zu ihrem Streikbeschluss veranlasst hat, in ihrer letzten Konsequenz eine unerhörte Radikalisierung mit sich bringt, eine gegenseitige Verfeindung der Menschen und eine vergiftete Atmosphäre ihres Zusammenlebens. Daraus sind aber nicht diejenigen schuld, die die Ursachen dieser Entwicklung aufzeigen, sondern die anderen, auf die sie zurückgehen.

Es ist beschämend, dass der Begriff des Christentums für den politischen Machtkampf von Menschen gepachtet wird, die nach ihrem praktischen Verhalten, zumindest in der Politik, den geringsten Anspruch darauf haben. Es ist fast ebenso unerfreulich zu sehen, wie Menschen, die nach Bildungsgrad und Intelligenz genau wissen, wie unwahr sie argumentieren, dies dennoch tun - als gute Demokraten betont christlicher Prägung, wie sie sagen.

-u

Wahlpropaganda - einmal anders

Da wir in grossen Teilen Deutschlands vor Wähler stehen, sei hier zur Erbauung eine Seite der Propaganda während des Wahlkampfes in Schweden erwähnt. Die Sozialdemokratische Partei Schwedens, die seit 16 Jahren die Regierung stellt und besonders harte Wahlkämpfe zu führen hat, gestattet ihrer Parteipresse, die Propaganda der gegnerischen Parteien als Anzeigen aufzunehmen. Man ist zunächst etwas erstaunt, wenn man in der Arbeiterzeitung an hervorragender Stelle die Aufforderungen der Konservativen oder Liberalen sieht, die mit geschickten Parolen den Leser - also den Sozialdemokraten - davon zu überzeugen versuchen, dass die Planwirtschaft der sozialdemokratischen Regierung an all dem Schuld sei, was den Wähler gerade bedrücken mag. - Können die schwedischen Sozialdemokraten sich das nur erlauben, weil sie so stark sind. Die Schweden meinen, die Demokratie dort sei so stark, weil sie sich dergleichen erlauben.

Verantwortlich: Peter Rauha